



SIEGFRIED LEHMANN
Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg

Siegfried Lehmann, MdL – Schubertstr. 3 – 78315 Radolfzell



78315 RADOLFZELL
Schubertstr. 3
Telefon: 07732 - 972443
Telefax: 07732 - 972444
siegfried.lehmann@web.de
www.siegfried-lehmann.de

An die Redaktion

Radolfzell, 09.02.2007

Pressemitteilung

Der Konstanzer Landtagsabgeordnete Lehmann kritisiert die Kürzungen des Landes bei den Sozialpsychiatrischen Diensten. „Das Land hat für die Jahre 2007 und 2008 die Zuschüsse an die Sozialpsychiatrischen Dienste massiv abgebaut. Die Misere unserer Sozialpsychiatrischer Dienste hätte durch eine kontinuierlich Landesförderung verhindert werden können!“

Die sozialpsychiatrischen Dienste im Landkreis Konstanz sind nach Aussage von AWO und Caritas durch eine neue Verwaltungsvorschrift massiv gefährdet. Nachdem der Landeszuschuss für die ambulanten Einrichtungen bereits 2003 halbiert wurde soll er im kommenden Jahr nochmals halbiert werden. „Die Mittel kontinuierlich zu kürzen, ohne dass eine Alternativförderung vorliegt, halte ich für verantwortungslos von Seiten des Landes“, kritisiert der Grüne Abgeordnete Lehmann. „Und dies, obwohl der Bedarf solcher Einrichtungen in den vergangenen Jahren aufgrund steigender Zahlen psychischer Erkrankungen deutlich gestiegen ist!“

Die Grüne Landtagsfraktion brachte daher zu den diesjährigen Haushaltsberatungen einen Änderungsantrag ein, der die Finanzierung von sozialpsychiatrischen Einrichtungen in den kommenden zwei Jahren sicherstellen sollte. „Ich finde es sehr bedauerlich, dass die CDU diesen Antrag geschlossen ablehnt und auch mein Kollege Hoffmann unser Ansinnen nicht unterstützt hat“, bedauert Lehmann.

Hoffmann hatte sich noch am Mittwoch im Südkurier zur schlechten Situation der ambulanten Einrichtungen geäußert und angeregt, die Krankenkassen in Zukunft stärker in die Verantwortung nehmen zu wollen.

„Wir halten es grundsätzlich für richtig, dass auch die Krankenkassen an einer Erhaltung des bestehenden Angebots beteiligt werden“, meint Lehmann, „aber“, so fügt er hinzu, „es sollte zuerst mit anderen Trägern über die Finanzierung des dringend notwendigen Angebots verhandelt werden, bevor sich das Land aus der Finanzierungsverantwortung zieht! Denn von nachhaltigem Handeln kann hier wirklich nicht die Rede sein, wenn die sozialpsychiatrischen Dienste vor dem Aus stehen und das notwendige Angebot nicht mehr bereitstellen können!“

Von Einsparungen kann nach Ansicht der Grünen Landtagsfraktion ohnehin nicht gesprochen werden, da durch sozialpsychiatrischen Dienste lange stationäre Aufenthalte verhindert und somit wesentlich höhere Folgekosten vermieden werden könnten.